**Atlas der Zivilgesellschaft**

**Begleittext zur Powerpoint-Präsentation**

****

**Einführung**

Brot für die Welt arbeitet weltweit mit über tausend zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen zusammen. Diese konnten in den vergangenen – bald sechs – Jahrzehnten gewaltige Fortschritte erzielen, indem sich die Lebensbedingungen und die rechtliche Situation der Bevölkerung verbessert haben oder ökologische Schutzmaßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden.

Die Lage hat sich jedoch zugespitzt. Viele Partner berichten heute über massive Einschränkungen ihrer Arbeit. Teilweise richten sich diese systematisch gegen ganze Organisationen, teilweise gegen einzelne Personen. Es geht um Überwachung, bürokratische Überregulierung und Schikanen, eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, Arbeitsverbote oder sehr häufig auch um persönliche Gefährdung.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas der 60. Aktion „Hunger nach Gerechtigkeit“ bietet Brot für die Welt diese Präsentation an. Sie basiert auf dem „Atlas der Zivilgesellschaft“, der im Januar 2018 von Brot für die Welt herausgegeben wurde.

**Didaktische Hinweise**

Die 51-seitige Foliensammlung und der vorliegende Begleittext richten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die über die weltweit angespannte Situation der Zivilgesellschaft informieren wollen. Die vorhergehende Lektüre „Atlas der Zivilgesellschaft“ ist wichtige Voraussetzung für das Gesamtverständnis und ermöglicht einen vertieften Hintergrund. Download: [www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/](http://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/)

**Didaktisches Material**

Begleitend zur Präsentation gibt es didaktisches Material für eine Veranstaltung mit Erwachsenen. Download: [www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/](http://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/)

**Länderbeispiele auswählen**

Die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft wird anhand von vier ausgewählten Ländern (Tschad, Honduras, Aserbaidschan, Philippinen) vorgestellt. Es empfiehlt sich, ein bis zwei Länderbeispiele auszuwählen und die Präsentation entsprechend anzupassen

**Lese-Tipp**

Hintergrundinfo zur Definition und zum Verständnis des Begriffs Zivilgesellschaft <http://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/Unser-Verstaendnis-von-Zivilgesellschaft-zze.pdf>

(Letzter Aufruf am 07.05.2018)

**Folienübersicht**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Nr. | Abschnitt | Titel |
|  | Startfolie |  |
|  | Einführung | Einschränkung der Zivilgesellschaft |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Eine Erklärung |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | CIVICUS | Monitor |
|  | CIVICUS | Einstufungen |
|  | CIVICUS | Ergebnisse nach Weltbevölkerung |
|  | CIVICUS | Ergebnisse nach Staaten |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Arten der Einschränkung | Verhaftungen  Tötung von Landrechtsverteidigern |
|  | Arten der Einschränkung | Gewalt gegen Demonstranten  Unterdrückung der Vereinigungsfreiheit |
|  | Arten der Einschränkung | Meinungs- und Pressefreiheit in Gefahr  Bedrohung durch Diffamierung |
|  | Die Rolle von Unternehmen | Konflikte um Land und Bodenschätze |
|  | Die Rolle von Unternehmen | Bedrohung nicht nur im globalen Süden |
|  | Einschränkungen | Dokumentierte Vorfälle 2016/2017 |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Einschränkungen nach Regionen | Amerika |
|  | Einschränkungen nach Regionen | Afrika |
|  | Einschränkungen nach Regionen | Europa |
|  | Einschränkungen nach Regionen | Asien |
|  | Einschränkungen nach Regionen | Ozeanien |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Tschad | Aufrüsten gegen die Zivilgesellschaft |
|  | Tschad | Erdöl-Exporte |
|  | Tschad | Erdöl hilft nicht bei Entwicklung |
|  | Tschad | Anti-Terrorkampf |
|  | Tschad | Partner von Brot für die Welt verhaftet |
|  | Honduras | Alltägliche Gewalt (1) |
|  | Honduras | Alltägliche Gewalt (2) |
|  | Honduras | Gesetze allein schützen nicht |
|  | Honduras | Straflosigkeit und Kriminalisierung |
|  | Aserbaidschan | Zivilgesellschaft im Exil |
|  | Aserbaidschan | Abweichende Meinungen unerwünscht |
|  | Aserbaidschan | Journalisten auch im Exil gefährdet |
|  | Philippinen | Anti-Drogen-Kampagne |
|  | Philippinen | Kriegsrecht |
|  | Philippinen | Bedrohung von Menschenrechtsverteidigern |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Basis für nachhaltige Entwicklung |
|  | Zivilgesellschaft | Zivilgesellschaft und Entwicklung |
|  | Zivilgesellschaft | Die Ziele für nachhaltige Entwicklung |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Was tut Brot für die Welt (1) |
|  | Zivilgesellschaft | Was tut Brot für die Welt (2) |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Forderungen an die Politik |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Was können Sie tun? |
|  | Schlussfolie | Vielen Dank! |
|  | Schlussfolie | Impressum |

**Atlas der Zivilgesellschaft – Report zur weltweiten Lage**

|  |  |
| --- | --- |
|  | **Startfolie** |
|  | **Einschränkung der Zivilgesellschaft**  **Die Bedeutung des Themas für Brot für die Welt**  Brot für die Welt arbeitet weltweit mit über tausend zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen zusammen. Diese konnten in den vergangenen – bald sechs – Jahrzehnten gewaltige Fortschritte erzielen, indem sich die Lebensbedingungen und die rechtliche Situation der Bevölkerung verbessert haben oder ökologische Schutzmaßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden.  Die Lage hat sich jedoch zugespitzt. Viele Partner berichten heute über massive Einschränkungen ihrer Arbeit. Teilweise richten sich diese systematisch gegen ganze Organisationen, teilweise gegen einzelne Personen. Es geht um Überwachung, bürokratische Überregulierung und Schikanen, eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, Arbeitsverbote oder sehr häufig auch um persönliche Gefährdung.  Wen trifft es dabei besonders? Massiv behindert werden gerade diejenigen Menschen und Organisationen, die sich für gerechte Verhältnisse und für die Rechte der Schwachen und Ausgegrenzten einsetzen. Besonders gefährdet sind Menschenrechtsverteidigerinnnen und Menschenrechtsverteidiger – besonders auch Frauenrechtsaktivistinnen, obwohl viele von ihnen international anerkannt und mit renommierten Preisen ausgezeichnet sind.  Diese angespannte Situation hat auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Brot für die Welt mit seinen Partnerorganisationen. Projektpartner verlieren zum Beispiel ihre Arbeitsregistrierung oder können keine Gelder von Brot für die Welt aus dem Ausland erhalten, weil Projektkonten gesperrt sind. Mitarbeitende von Brot für die Welt haben Schwierigkeiten, Visa für Projektbesuche zu erhalten.  Gleichzeitig ist zu beobachten, dass auch Demokratie und Menschenrechte weltweit unter Druck geraten. Nachdem die Zahl der Demokratien seit den 70er Jahren bis 2012 kontinuierlich gestiegen war, ist die Zahl in den letzten Jahren wieder rückläufig geworden.  Das alles lässt Brot für die Welt als Entwicklungswerk, das mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen in mehr als 90 Ländern zusammenarbeitet, nicht unberührt. Denn die Stärkung der globalen Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit. Starke und unabhängige zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen sind das kritische Gegenüber von Politik. Sie sind Motor von sozialer und nachhaltiger Entwicklung. (Dieser Zusammenhang wird im letzten Teil des Vortrags ausführlicher beleuchtet.) |
|  | **Übergangsfolie – Inhaltsübersicht** |
|  | **Zivilgesellschaft – Eine Erklärung**  Die Zivilgesellschaft ist der Bereich jenseits von Staat, Wirtschaft und Privatem. Hier sind Vereinigungen und Vereine, Initiativen und Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO; engl. NGOs) und Nonprofit-Organisationen im öffentlichen Raum für das Gemeinwohl aktiv. Neben verfassten Organisationen gehören auch informelle Zirkel oder soziale Bewegungen zur Zivilgesellschaft. Voraussetzung für die Aktivitäten von Zivilgesellschaft sind individuelle und kollektive Freiheiten, wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie müssen vom Staat eingeräumt werden und der Staat sollte das Engagement aktiv ermöglichen. Zivilgesellschaft definiert sich dadurch, dass sie gesellschaftliche Werte wie Gewaltfreiheit, Menschenwürde, Rechtstaatlichkeit oder demokratische Partizipation teilt. So sieht es das Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) – Brot für die Welt schließt sich diesem Verständnis an. |
|  | **Übergangsfolie – Zur weltweiten Lage der Zivilgesellschaft** |
|  | **Der CIVICUS-Monitor**  Der Atlas der Zivilgesellschaft beleuchtet die Aktionsräume (engl. Civic Space) und die Einengung (engl. Shrinking Space) der Zivilgesellschaft weltweit und bewertet sie. Er stützt sich auf Daten von CIVICUS, der Weltallianz zur Bürgerbeteiligung mit Sitz in Südafrika. CIVICUS veröffentlicht laufend Informationen und Analysen zum Grad der Freiheit der Zivilgesellschaft in 195 Ländern. Rund zwei Dutzend Analysten werten kontinuierlich Berichte von hunderten lokalen NGOs und zahlreichen internationalen Partnerorganisationen sowie öffentliche Quellen aus. Die Quellen werden in einem standardisierten Verfahren evaluiert und die Ergebnisse von externen Experten und Expertinnen geprüft. |
|  | **CIVICUS-Einstufungen**  CIVICUS teilt den Grad der Freiheit in fünf Stufen ein: offen, eingeengt, beschränkt, unterdrückt und geschlossen.   * **Offen** ­Der Staat ermöglicht und sichert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Es ist ihnen ohne rechtliche oder praktische Hürden möglich, Vereinigungen zu bilden, im öffentlichen Raum Demonstrationen abzuhalten und Informationen zu erhalten und zu verbreiten. * **Eingeengt** Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. * **Beschränkt** Eine freie Grundrechtsentfaltung wird von den Regierenden durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen behindert. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, staatliche Stellen versuchen aber, sie zu zersetzen. * **Unterdrückt** Der zivilgesellschaftliche Raum ist stark eingeschränkt. Aktivisten und Aktivistinnen, die diejenigen an der Macht kritisieren, riskieren es, überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet zu werden. * **Geschlossen** Der zivilgesellschaftliche Raum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht, in der staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteure ungestraft davonkommen, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheiten inhaftieren, körperlich misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft. |
|  | **Ergebnisse der CIVICUS-Analyse nach Weltbevölkerung**   * Nur zwei Prozent der Weltbevölkerung, genießen heute uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten, das sind 148 Millionen Menschen. In ihnen wird der sogenannte Civic Space, der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln, deshalb als „offen“ eingestuft. * Die Grundrechte von 1,2 Milliarden Menschen werden laut CIVICUS „eingeengt“ – das sind 16 Prozent der Weltbevölkerung. * Weitere 2,7 Milliarden gehören zur Bevölkerung der Staaten, die die Zivilgesellschaft „beschränken“ – das sind 37 Prozent der Weltbevölkerung. * 1,3 Milliarden Menschen müssen fürchten, überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet zu werden, wenn sie die Machthaber in ihrem Land kritisieren: Hier wird die Zivilgesellschaft „unterdrückt“ – das sind 18 Prozent der Weltbevölkerung. * Vollständig „geschlossen“ ist der Handlungsraum für Zivilgesellschaft für weitere zwei Milliarden Menschen, das ist ein gutes Viertel der Weltbevölkerung: Sie leben in Staaten, wo zivilgesellschaftliches Handeln durch Angst und Gewalt unterbunden wird – das sind 27 Prozent der Weltbevölkerung. |
|  | **Ergebnisse der CIVICUS-Analyse nach Staaten**  Diese Folie zeigt die Ergebnisse noch einmal bezogen auf Staaten. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Überall auf der Welt wird es schwieriger, die Regierenden infrage zu stellen oder zu kritisieren. Nie zuvor in den letzten 25 Jahren wurde die weltweite Zivilgesellschaft so bedrängt und unterdrückt wie heute. |
|  | **Übergangsfolie – Wie wird die Zivilgesellschaft eingeschränkt?** |
|  | **Arten der Einschränkung**  **Verhaftungen**  Besonders häufig sperren Regierungen diejenigen einfach weg, die widersprechen. Das ist zugleich ein Signal an alle anderen: Wer es wagt, weiter politisch aktiv zu sein, muss mit demselben Schicksal rechnen. Umweltschützer und Umweltschützerinnen sind davon genauso betroffen wie NGO-Mitarbeitende, Aktivisten, Oppositionelle oder Journalisten. Besonders gefährdet sind Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen, die auf staatliche Gewalt wie das Verschwindenlassen von Menschen oder Kriegsverbrechen aufmerksam machen.  Häufig gehen Angriffe gegen die Zivilgesellschaft von staatlichen Stellen aus. Ebenso sehr kann aber fehlende Staatlichkeit die Zivilgesellschaft bedrohen oder völlig ausschalten. Ein gescheiterter Staat (Failed State) besitzt keine funktionierenden Institutionen, deshalb ist dort eine handlungsfähige Zivilgesellschaft besonders gefährdet: Irak, Afghanistan oder Libyen fallen im CIVICUS-Monitor in die Kategorie, in der der Handlungsraum „geschlossen“ ist.  **Tötung von Landrechtsverteidigern**  Erschütternd ist der Anstieg von Morden an Umweltaktivistinnen und Umweltaktivisten: Mindestens 200 von ihnen starben 2016 weltweit, mehr als je zuvor. Die Zahl der ermordeten Menschenrechtler und Menschenrechtlerinnen weltweit stieg von 130 im Jahr 2014 auf 281 im Jahr 2016. |
|  | **Arten der Einschränkung**  **Gewalt gegen Demonstranten**  Die Geschichte zeigt, dass es fast immer der Druck von der Straße ist, der staatliches Unrecht beendet oder Abhilfe bei Missständen schafft. Das wissen autoritäre oder korrupte Regime genau – und betrachten die Versammlungsfreiheit deshalb als Gefahr. CIVICUS beobachtet die schlimmsten Auswüchse von staatlicher Gewalt in Ländern wie Eritrea, dem Irak oder Mexiko. Die Entwicklungen der Technik machen es in der jüngsten Vergangenheit jedoch leichter, Angriffe gegen friedliche Versammlungen zu dokumentieren: Weil immer mehr Demonstranten und Demonstrantinnen Handys mit Foto und Videokamera haben, können sie entsprechende Vorfälle filmen. So fällt es Regierungen schwerer, ihr Vorgehen im Nachhinein abzustreiten.  **Unterdrückte Vereinigungsfreiheit**  Immer häufiger versuchen Regierungen, die Arbeit von NGOs durch neue Gesetze zu behindern. Sie sollen eine Förderung der Arbeit aus dem Ausland unmöglich machen. Solche Gesetze bedeuten für die betroffenen Organisationen in der Regel den Verlust der finanziellen Grundlage ihrer Arbeit.  Selbst wenn in einzelnen Schwellenländern langsam eine lokale Spendenkultur entsteht, ist es meist unmöglich, den plötzlichen Wegfall von Zuwendungen aus dem Ausland auszugleichen. In vielen Ländern müssen sich NGOs registrieren lassen, um weiterhin Mittel aus dem Ausland erhalten zu können. Wenn diese Registrierung verweigert wird, kann dies zur Beendigung von wichtigen Projekten führen. Schlimmstenfalls müssen die betroffenen NGOs ihr Büro ganz schließen. Der Zugang zu finanziellen Ressourcen wird deshalb als Bestandteil der Vereinigungsfreiheit angesehen.  Weitere Methoden, mit denen Staaten gegen die Vereinigungsfreiheit vorgehen und die Arbeit von NGOs gezielt behindern, sind höhere Steuern, übertriebene Kontrollen, aufwendige und langwierige Genehmigungsverfahren, verstärkte Berichtspflichten sowie die missbräuchliche Anwendung von Verordnungen.  Organisationen, die sich kritisch gegen ungerechte Strukturen aussprechen, Korruption aufdecken und Mitsprachemöglichkeiten einfordern oder soziale Mobilisierung fördern, sind besonders häufig solchen Schikanen ausgesetzt. |
|  | **Arten der Einschränkung**  **Meinungs- und Pressefreiheit in Gefahr**  Journalisten und Journalistinnen haben für die Zivilgesellschaft eine besondere Funktion. Sie sind es, die Öffentlichkeit herstellen, wenn zivilgesellschaftliche Gruppen Missstände aufdecken. Deshalb stehen sie besonders im Fokus von autoritären und korrupten Regimen.  Doch es sind keineswegs nur Journalisten und Journalistinnen, deren Freiheit eingeschränkt wird. Auch neue Antiterrorgesetze wie zum Beispiel in Kamerun oder Tunesien untergraben die Meinungsfreiheit, die eigentlich in der Verfassung garantiert ist. Staaten wie Honduras, Nepal oder Tadschikistan nehmen sich das Recht, im Namen der vermeintlichen öffentlichen Sicherheit und Ordnung weitreichende Beschränkungen der Meinungsäußerung vorzunehmen.  Zunehmend geraten auch das Internet und die sozialen Medien ins Visier. Inhalte werden gefiltert, blockiert, gehackt, Server geschlossen, Seiten gesperrt, Dienste verboten. Teils wird gleich das gesamte Internet heruntergefahren, der Zugang begrenzt oder Äußerungen protokolliert.  **Bedrohung durch Diffamierung**  Die Strategie, internationale NGOs als äußere Feinde des Staates zu bekämpfen, hat sich in letzter Zeit weltweit verbreitet. Eine Reihe von Staaten haben entsprechende Gesetzesverschärfungen beschlossen. Die Folgen reichen von der Stigmatisierung von NGO-Mitarbeitenden bis hin zu deren Inhaftierung oder Schließung von Zweigstellen. Von diesem Phänomen sind inzwischen viele lokale Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit betroffen. Organisationen wie Brot für die Welt führen Projekte im Globalen Süden nicht in Eigenregie durch, sondern arbeiten stets mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Dieser sinnvolle Ansatz gerät in Gefahr, wenn schon die ausländische Finanzierung genügt, um als „ausländischer Agent“ gebrandmarkt zu werden.  Die Diffamierung zielt auch darauf ab, zivilgesellschaftlichen Organisationen die Legitimation und Anerkennung für ihre Arbeit abzusprechen. Da meist auch die staatsgelenkten oder andere von der Regierung beeinflusste Medien diese Kampagnen mit ihrer Berichterstattung unterstützen, nimmt der Rückhalt in der Bevölkerung oft dramatisch ab. |
|  | **Die Rolle von Unternehmen - Konflikte um Land und Bodenschätze**  Von den 100 größten Wirtschaftsakteuren der Welt sind nur noch 31 Staaten. 69 von ihnen sind transnationale Unternehmen. Entsprechend stärker wird deren Einfluss auf die Zivilgesellschaft. Diese Entwicklung fällt zusammen mit einer zunehmend neoliberal ausgerichteten Politik. Typisch für diese Politik ist der Abbau staatlicher Infrastruktur zugunsten des privaten Sektors. Wasserwerke, Müllabfuhr, Altersversorgung, Bildung oder öffentlicher Nahverkehr werden beispielsweise in die Hände von Unternehmen gelegt. Proteste gegen die Folgen neoliberaler Politik werden staatlicherseits oft unterdrückt. Im Fokus stehen dabei häufig Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen.  Besonders im Agrar- und Bergbausektor kollidieren Menschenrechte oft mit Geschäftsinteressen. Hier sind häufig die Rechte von Minderheiten, armen oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen oder die Rechte traditioneller Gemeinschaften in Gefahr. Ihre Gebiete werden zum Abbau von Bodenschätzen oder als industrielle Anbauflächen freigegeben. Häufig geschieht dies ohne eine vorher eingeholte qualifizierte Zustimmung der Menschen, die dort leben. Unternehmen profitieren dabei von einer geringen Alphabetisierungsrate und informieren die betroffenen Gemeinden oft nur unzureichend.  Zwar wehren sich traditionelle Gemeinschaften bisweilen gegen den Ausverkauf ihres Landes. Dann aber bestehe laut CIVICUS die Gefahr, dass sie mit Gewalt konfrontiert würden, die von „mächtigen Unternehmen finanziert und durch staatliche Akteure unterstützt“ würde. CIVICUS kritisiert die oft enge, teils korrupte Verflochtenheit großer Unternehmen mit politischen Entscheidungsträgern. Dies führe häufig dazu, dass selbst Fälle von extremer Gewalt strafrechtlich nicht verfolgt werden.  **Foto** Umweltverschmutzung und Abraumhalden prägen das Gesicht der Bergstadt La Oroya in den Zentralanden Perus. Ausländische Firmen haben nach der Privatisierung der staatlichen Bergbaubetriebe alles aufgekauft. Sie leiten jetzt alle Schadstoffe in den Mantaro-Fluss, in dem früherForellen gediehen. Heute fischt man dort nichts mehr. |
|  | **Die Rolle von Unternehmen**  **Bedrohung nicht nur im globalen Süden**  Auch auf Ebene der Europäischen Union (EU) gibt es Versuche, unliebsamen NGOs den Finanzhahn zuzudrehen: Weil die massenhafte Mobilisierung gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) den Interessen europäischer Unternehmen zuwiderzulaufen drohte, starteten konservative Abgeordnete im Europäischen Parlament im Jahr 2017 mehrere Anläufe, die finanzielle Förderung von sogenannten Kampagnen-NGOs zu unterbinden. Zwar wurde diese Initiative zunächst gestoppt, es ist aber zu befürchten, dass Initiativen zur stärkeren Kontrolle der Finanzströme von NGOs in den nächsten Jahren auf EU-Ebene fortgesetzt werden. |
|  | Überblick: Dokumentierte Vorfälle von 6/2016 – 9/2017Verhaftung von Aktivisten - 292Angriffe/Übergriffe auf Journalisten - 184Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt - 181Störung von Demonstrationen - 166Verfolgung von Aktivisten - 164Zensur - 152Einschüchterung - 140Verhinderung von Demonstrationen - 117Legislative Restriktionen - 72 |
|  | Übergangsfolie – Einschränkung der Zivilgesellschaft nach Regionen |
|  | AmerikaDie Vereinigten Staaten von Amerika gelten als Land, in dem die Zivilgesellschaft eingeengt wird.In Amerika (Nord-, Zentral- und Südamerika) ist die Situation wie folgt:1 Land (Barbados) offen19 Länder eingeengt10 Länder beschränkt3 Länder unterdrückt1 Land geschlossen |
|  | AfrikaIn Afrika ist die Situation wie folgt:Kein Land offen10 Länder eingeengt19 Länder beschränkt16 Länder unterdrückt8 Länder geschlossen |
|  | EuropaIn Europa ist die Situation wie folgt:19 Länder offen21 Länder eingeengt3 Länder beschränkt3 Länder unterdrücktKein Land geschlossen |
|  | AsienIn Asien ist die Situation wie folgt:Kein Land offen2 Länder eingeengt19 Länder beschränkt12 Länder unterdrückt12 Länder geschlossen |
|  | OzeanienIn Ozeanien ist die Situation wie folgt:2 Länder offen10 Länder eingeengt2 Länder beschränktKein Land unterdrückt oder geschlossen |
|  | **Zivilgesellschaft aktuell – Länderbeispiele**  Brot für die Welt hört von seinen Partnerorganisationen in Afrika, Asien, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Osteuropa immer häufiger, dass ihre Arbeit in ähnlicher Weise, wie vorher beschrieben, massiv beeinträchtigt wird. Die Verfolgung hat unterschiedliche Formen. Betroffen sind Partnerorganisationen in allen Regionen der Welt. Viele dieser Organisationen trifft es inzwischen so stark, dass sie hier nicht einzeln genannt werden, um ihre Sicherheit nicht zu gefährden. Umso beeindruckender ist es, dass sich viele Partnerorganisationen von solchen Umständen nichtunterkriegen lassen und weiter für zivilgesellschaftliche Anliegen und den Erhalt von Handlungsräumen eintreten.  Die Situation im Tschad\*, in Honduras\*, Aserbaidschan\* und auf den Philippinen\* steht exemplarisch für den weltweiten Trend einer zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume, den es zu stoppen gilt. Im Folgenden werden diese Länder näher betrachtet. Es werden ihre jeweilige Situation, die Einstufung im CIVICUS-Monitor sowie die Arbeit der Partnerorganisationen von Brot für die Welt dargestellt.  **\*Hinweis:** Es empfiehlt sich, nur ein bis zwei der Länderbeispiele vorzustellen und die Folien entsprechend anzupassen. |
|  | Tschad: Aufrüsten gegen die Zivilgesellschaft Der Tschad ist ein zentralafrikanischer Binnenstaat. Er grenzt an Libyen, den Sudan, die Zentralafrikanische Republik sowie Kamerun, Niger und Nigeria. Seit den 1960er Jahren leidet die Bevölkerung an immer wieder aufflammenden bewaffneten Konflikten zwischen der Regierung und verschiedenen Rebellengruppen. |
|  | Tschad: Erdöl-Exporte Der Optimismus im Tschad war groß, als die Weltbank im Juni 2000 grünes Licht für die Tschad-Kamerun-Pipeline gab. Erst sie hat es dem Binnenland ermöglicht, Erdöl in großen Mengen zu exportieren. |
|  | **Tschad: Erdöl hilft nicht bei Entwicklung**  Seit Beginn der Ölförderung 2003 hat der Verkauf rund 13 Milliarden US-Dollar in die Staatskasse gespült, aber nicht zur Entwicklung des Landes beigetragen. Der Tschad ist sogar noch weiter zurückgefallen im Human Development Index (HDI). Der HDI ist ein von den Vereinten Nationen aus vielen Faktoren wie etwa Einkommen, Schulbildung oder Gesundheitsversorgung gebildeter Vergleichsmaßstab für menschliche Entwicklung. 1,0 stellt den höchsten erreichbaren Wert dar. Der Tschad kommt nur noch auf einen HDI von 0,396. Das Land sank auf den drittletzten Platz. Die zugrunde liegenden Daten stammen aus dem Human Development Report 2016.  Die Ölmilliarden werden in weiten Teilen von dem seit 1990 regierenden Präsidenten Idriss Déby Itno und korrupten Mitgliedern seiner Familie kontrolliert. Déby kam nach einem Putsch gegen seinen Vorgänger Hissène Habré an die Macht, der mittlerweile als Kriegsverbrecher verurteilt ist. Von dessen Politik wollte er sich absetzen und demokratische Freiheiten garantieren. Die guten Vorsätze scheinen jedoch längst vergessen. Sein Regime agiert zunehmend repressiv und versucht, zivilgesellschaftlichen Protest mit allen Mitteln zu unterbinden. |
|  | Tschad: Anti-TerrorkampfVon internationaler Seite muss Déby weder Einmischung noch Kritik befürchten. Frankreich, Deutschland und die USA haben den Tschad zu einem wichtigen Partner im Kampf gegen den islamistischen Terror von Boko Haram erklärt. Innenpolitisch nutzt Déby die Terrormiliz ebenfalls. Im Juli 2015 verabschiedete die Nationalversammlung des Tschads ein Anti-Terrorgesetz, das die Todesstrafe wieder einführte – nur ein halbes Jahr nach ihrer Abschaffung. Die Zeit, innerhalb der inhaftierte Personen einem Richter vorgeführt werden müssen, wurde von 48 Stunden auf 30 Tage erhöht, und sie kann von der Staatsanwaltschaft zweimal verlängert werden. Die Definition von Terrorismus ist im Gesetz außerdem sehr weit gefasst und beinhaltet auch die „Störung der öffentlichen Ordnung“. Dadurch kann das Gesetz genutzt werden, um Oppositionelle und andere zivilgesellschaftliche Akteure unter dem Deckmantel der Terrorabwehr in ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu beschneiden.  Wenige Wochen vor der Wahl im April 2016, mit der sich Präsident Déby seine fünfte Amtszeit sicherte, protestieren die Bewohnerinnen und Bewohner der Hauptstadt N’Djamena. Allerdings von zu Hause aus: Trillerpfeifen und Trommeln schallten aus offenen Fenstern und von den Balkonen, denn öffentliche Demonstrationen hatte Déby verbieten lassen. Wer trotzdem auf die Straße ging, riskierte von Sicherheitskräften auseinandergetrieben, verhaftet, gefoltert oder gar getötet zu werden. Auch die Nutzung sozialer Medien wird von den Behörden systematisch überwacht und in politisch sensiblen Zeiten blockiert.  **Foto:** Das Foto zeigt Schülerproteste in der Stadt N’Djamena. |
|  | Tschad: Partner von Brot für die Welt verhaftet Im Juni 2015 wurde der Menschenrechtsaktivist und Brot für die Welt-Partner Djéralar Miankeol verhaftet und zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. In einem Radio-Interview hatte er von der Korruption staatlicher Eliten im Zusammenhang mit Landraub gesprochen. Nur wegen der schnellen Reaktion seines Unterstützerkreises in Deutschland, der sich gemeinsam mit Brot für die Welt und der deutschen Botschaft im Tschad für ihn einsetzte, wurde er wieder freigelassen.  **Foto:** Das Foto zeigt Djéralar Miankeol im Jahr 2014.  Als Menschenrechtsorganisation setzt sich die Partnerorganisation von Brot für die Welt, die Ligue Tschadienne de Droits de L’Homme ( LTDH) im Tschad für Menschenrechtsverteidiger, Oppositionelle und Journalisten ein. Die Organisation kämpft gegen Straflosigkeit in Fällen gewaltsamen „Verschwindenlassens“ und tritt für rechtsstaatliche Zustände im Tschad ein. Durch ihre Arbeit werden die Mitarbeitenden immer wieder selbst zum Ziel von Verfolgung und gehen große persönliche Risiken ein. Das Projekt unterstützt deshalb Präventivmaßnahmen, die es Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen im Tschad ermöglichen sollen, sich bei akuter Gefahr von Verhaftung oder drohender Gewalt in Sicherheit zu bringen. |
|  | Honduras: Alltägliche Gewalt Honduras ist eines der gefährlichsten Länder der Welt. Etwa 60 Einwohner von 100.000 sterben jedes Jahr durch Gewalt. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Mordrate bei 0,8 pro 100.000 Einwohner, und die Weltgesundheitsorganisation spricht ab einem Wert von 10 von einer Gewaltepidemie. Honduras ist geprägt von extremer sozialer Ungleichheit, mehr als die Hälfte der acht Millionen Einwohner lebt unter der Armutsgrenze. Aufgrund der schwachen staatlichen Institutionen und der zentralen Lage in Mittelamerika florieren Geschäfte wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Sie alle sind mit extremer Gewalt verbunden. Seit dem Militärputsch von 2009 ist die Gewalt aber auch zunehmend politisch und richtet sich gegen [Menschenrechtsverteidiger.](https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/menschenrechtsverteidiger/) |
|  | Honduras: Investitionen wichtiger als Menschenrechte Die rechtsgerichtete Regierung der Nationalpartei unter Präsident Juan Orlando Hernández verfolgt seitdem einen strikt neoliberalen Kurs. Um ausländische Unternehmen anzuziehen, werden ihnen besonders günstige Konditionen geboten – zulasten der Menschen, die in den Regionen der Investitionsprojekte leben. Ein Großteil der neu vergebenen Konzessionen betrifft Siedlungsgebiete indigener Gemeinschaften, die rund 23 Prozent der honduranischen Bevölkerung ausmachen. Obwohl Honduras sich dazu verpflichtet hat, Indigene zu beteiligen, vergibt die Hernández-Regierung die Konzessionen meistens direkt per Dekret. Protestieren die betroffenen indigenen Gemeinschaften, müssen sie mit Gewalt von Sicherheitskräften rechnen. |
|  | Honduras: Gesetze allein schützen nicht Auf internationalen Druck hin erließ das Parlament 2015 schließlich ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Justizbediensteten. Das Gesetz sieht einen Schutzmechanismus vor, der gefährdeten Personen aus diesen Gruppen ein Anrecht auf individuell zugeschnittene Schutzmaßnahmen bietet wie Überwachungskameras, schusssichere Westen und gepanzerte Fahrzeuge. Da die Regierung aber zu wenig Geld zur Verfügung stellt, mangelt es dem Schutzprogramm an Ausstattung und ausgebildetem Personal. Anfragen werden erst nach langer Zeit beantwortet, oft unzureichend und manchmal gar nicht. Verteidiger und Verteidigerinnen von Landrechten bezahlen ihren Einsatz deshalb immer noch oft mit ihrem Leben.  Am Morgen des 3. März 2016 wurde Berta Cáceres in ihrem Haus überfallen und erschossen, obwohl sie nach einer Anordnung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) in das staatliche Schutzprogramm aufgenommen worden war. Als Direktorin der Organisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (CONPINH) hatte Cáceres sich über Jahre hinweg gegen den Bau des Agua Zarca-Staudamms eingesetzt. Der Staudamm bedroht eine heilige Wasserquelle ihrer indigenen Gemeinschaft.  Nach ihrem Tod wurden die Ermittlungen erst auf öffentlichen Druck hin aufgenommen. Obwohl der Polizei bekannt war, dass Cáceres verfolgt wurde, ging sie zunächst von einem normalen Raubüberfall aus und verdächtigte dann deren Lebenspartner. Während der Ermittlungen gingen die Akten zweimal aus ungeklärten Umständen verloren. Schließlich wurden sieben Männer angeklagt, den Mord an Cáceres begangen zu haben. Vier von ihnen werden Verbindungen zum Militär nachgesagt.  Dass überhaupt Anklage erhoben wurde, hängt wohl mit der internationalen Prominenz von Cáceres zusammen. Die Aufklärung weniger prominenter Fällen scheitert meist an der in Honduras vorherrschenden Straflosigkeit. Anklage wird nur in weniger als zehn Prozent der Tötungsdelikte erhoben. Und nur ein Prozent der Verfahren enden mit einer Verurteilung.  **Foto:** Das Foto zeigt eine Protestkundgebung gegen die Ermordung von Berta Cáceres. |
|  | **Honduras: Straflosigkeit und Kriminalisierung**  Honduras hat im weltweiten Vergleich die höchste Tötungsrate von Land- und Umweltaktivisten und –aktivistinnen. Statt Aufklärung haben Aktivistinnen und Aktivisten von der Justiz in Honduras Kriminalisierung zu erwarten. Eine bis in höchste Regierungskreise reichende Strategie ist es, zivilgesellschaftliche Proteste in den Medien als Straftaten darzustellen. Aktivisten und Aktivistinnen wird vorgeworfen, Lügen zu verbreiten. Sie werden beschuldigt, ihr Geld von kriminellen Banden zu erhalten und zu Widerstand gegen die Staatsgewalt aufzurufen. Ihre juristische Verfolgung wird durch Straftatbestände wie die „Anstiftung zum Terrorismus“ erleichtert. Demnach macht sich strafbar, wer die Bevölkerung mit irgendeiner Art von Aktion in Angst versetzt. Mit dieser Generalklausel lässt sich nahezu jegliche Form von Protest kriminalisieren. Für den Zeitraum von 2002 bis 2012 sind in Honduras mehr als 684 Fälle von Menschenrechtsverteidigern und –verteidigerinnen dokumentiert, die wegen ihrer Arbeit strafrechtlich verfolgt wurden.  Für die Betroffenen sind solche Verfahren mit enormen Belastungen verbunden, die häufig das Aus für ihre Arbeit bedeuten. Sie müssen sich in einem Justizsystem behaupten, das ihnen gegenüber feindlich eingestellt ist und haben damit in der Regel weder Erfahrung noch das nötige Geld, um sich einen Rechtsbeistand zu nehmen. Die Brot für die Welt-Partnerorganisation Centro de Investigación y Promoción de los Derechos Humanos (CIPRODEH) kümmert sich deshalb um die rechtliche Begleitung und Unterstützung der Betroffenen und kämpft so gegen die Kriminalisierung von Aktivisten und Aktivistinnen. |
|  | **Aserbeidschan: Zivilgesellschaft im Exil**  Die einstige Sowjetrepublik Aserbaidschan liegt zwischen dem Kaspischen Meer und dem Kaukasus. Seit 1991 ist Aserbeidschan ein eigener Staat, der von Präsident Ilcham Alijew regiert wird. Seine Strategie, das internationale Ansehen Aserbaidschans durch gezielte Gefälligkeiten aufzupolieren, wird „Kaviar Diplomatie“ genannt. Das despotisch regierte Aserbaidschan wird dabei als fortschrittlicher Staat präsentiert, der großen Wert auf Kultur und Gemeinwohl legt.  Auch Politikerinnen und Politiker erhalten Geld, Autos, teuren Schmuck oder bekommen Luxusreisen finanziert: Das internationale Recherchenetzwerk Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) deckte auf, dass zahlreiche Abgeordnete der parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) bestochen wurden, darunter auch zwei deutsche Abgeordnete.  Trotz offensichtlicher Ungereimtheiten bezeichneten Abgeordnete die Wahl 2013 als „frei, fair und transparent“. Im Jahr nach der Wahl, ausgerechnet als Aserbaidschan den Vorsitz des Europarats innehatte, gab es eine beispiellose Repressionswelle gegen die lokale NGO-Szene. Die für Kapitaldelikte zuständige Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft von Aserbaidschan nahm den sogenannten NGO-Case No. 142006023 auf. Hunderte NGOs, die in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Wahlbeobachtung, Rechtsberatung und Medienfreiheit aktiv sind, wurden zur Vernehmung vorgeladen, um die Mitarbeitenden einzuschüchtern.  Führende Aktivisten und Aktivistinnen, die es nicht rechtzeitig schafften, ins Ausland zu fliehen oder ihre Heimat nicht verlassen wollten, wurden unter fadenscheinigen Anschuldigungen festgenommen. Viele von ihnen wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch eine PACE-Resolution zur Freilassung politischer Gefangener in Aserbaidschan kam nicht zustande, weil die Mehrzahl der Parlamentarier dagegen stimmte. Zwar ließ das Regime 2016 in einem symbolischen Akt einzelne der prominenteren Gefangenen frei, viele blieben jedoch in Haft. Drohender Ausschluss aus dem Europarat Weil sich Aserbaidschan konsequent weigert, Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, etwa zur Freilassung politischer Gefangener, umzusetzen, wurde im Oktober 2017 ein Verfahren zum Ausschluss des Landes aus dem Europarat eingeleitet. Das Verfahren wird zum ersten Mal in der Geschichte des Europarats angewendet. Lokale NGOs hoffen darauf, dass Aserbaidschan im Europarat verbleibt, um auf der Ebene weiterhin Druck gegen die Regierung ausüben zu können. |
|  | Aserbeidschan: Abweichende Meinungen unerwünscht Aserbaidschan rangiert auf Platz 162 von 180 Ländern im Pressefreiheits-Index von Reporter ohne Grenzen und liegt damit zwischen Staaten wie Ägypten und Libyen. Pressefreiheit existiert in dem Land also quasi nicht. Statt freier Medien haben Staatsfernsehen und -presse das Monopol der Berichterstattung inne. Auch das lässt sich die Regierung einiges kosten. Im Juli 2017 verkündete Präsident Alijew, mehr als 250 Journalisten und Journalistinnen gratis Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Wenig überraschend ist dabei, dass fast alle Begünstigten für regierungsnahe Medien arbeiten. Unabhängige Medienschaffende werden dagegen seit 2014 wieder verstärkt juristisch verfolgt, stigmatisiert und über die sozialen Medien diffamiert. Rechtsschutz erschwert In Anbetracht der massiven juristischen Verfolgung von Medienschaffenden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Aserbaidschan ist es äußerst beunruhigend, dass das aserbaidschanische Parlament am 31. Oktober 2017 ein Gesetz verabschiedet hat, nach dem nur noch bei der Anwaltskammer registrierte Anwälte vor Gericht auftreten dürfen. Das Gesetz hat einschneidende Konsequenzen für den Rechtsbeistand politisch Verfolgter. Denn Aserbaidschan ist mit 900 bei der Anwaltskammer registrierten Anwälten und Anwältinnen ein Land mit extrem geringer Anwaltsdichte. Es gibt nur neun Anwälte pro 100.000 Einwohner. Der Durchschnitt in Europa liegt bei 165. |
|  | Aserbeidschan: Journalisten auch im Exil gefährdet Unter diesen Umständen bleibt vielen nur noch der Gang ins Exil. Sie fliehen ins Nachbarland Georgien, in die Ukraine, in die Niederlande oder nach Deutschland. Bislang wähnten sich Aserbaidschans Regimekritiker im Ausland in relativer Sicherheit. Im Mai 2017 aber wurde der investigative Journalist Afgan Mukhtarli in Georgien, wo er im Exil lebte, entführt und in ein Gefängnis nach Baku verbracht. Das Foto zeigt ihn vor seiner Anhörung im Gericht in Baku 2017.  Im Oktober 2017 traf es den Journalisten Fikret Huseylni am Flughafen von Kiew. Der ehemalige Reporter der regierungskritischen Zeitung Azadliq, der mittlerweile die niederländische Staatsbürgerschaft hat, wurde beim Einstieg in ein Flugzeug nach Düsseldorf festgenommen. Ihm droht die Auslieferung nach Aserbaidschan. |
|  | **Philippinen: Mörderische Anti-Drogen-Kampagne**  Die südostasiatische Republik der Philippinen ist ein aus mehr als 7.000 Inseln bestehender Archipel im westlichen Pazifischen Ozean. Er liegt östlich von Vietnam, nordöstlich von Malaysia und nördlich von Indonesien. Von 1965 bis 1989 regierte Ferdinand E. Marcos erst als gewählter Präsident, ab 1972 als Diktator. Seit seinem Sturz sind die Philippinen wieder eine Präsidialrepublik. Die Demokratie des Landes bleibt weiterhin labil. |
|  | **Philippinen: Kriegsrecht**  Seit Beginn der Anti-Drogen-Kampagne des im Juni 2016 gewählten Präsidenten Rodrigo Duterte haben Sicherheitskräfte 7.000 Menschen umgebracht. Aktivisten, die auf die dramatische Verschlechterung der Menschenrechtssituation seit seiner Amtsübernahme aufmerksam machen, werden öffentlich bl0ßgestellt und verfolgt.  Präsident Rodrigo Duterte hat 2017 das Kriegsrecht verhängt. Anlass war der Überfall einer lokalen Gruppierung des sogenannten Islamischen Staats auf die Südinsel Mindanao. Außerdem drohte Duterte mit einer Ausdehnung des Kriegsrechts auf das gesamte Gebiet der Philippinen. Wenn Kriegsrecht gilt, hat das philippinische Militär weitreichende Befugnisse, Menschen ohne richterlichen Beschluss festzunehmen, Räume zu durchsuchen und Ausgangssperren zu verhängen.  Kritiker warnen, dass Duterte die Befugnisse zur Verfolgung von politischen Gegnern einsetzt und Zustände schafft, die dem vorhergehenden Marcos-Regime ähneln. Darauf deutet auch seine brutale Anti-Drogen-Kampagne hin, die er kurz nach seiner Amtsübernahme am 1. Juli 2016 startete. Dutertes Strafrechtsreformen „Kill Bills" nennen zivilgesellschaftliche Organisationen die Strafrechtsreformen, mit denen Duterte seinen Feldzug gegen die Drogen abzusichern sucht. Duterte strebt zum Beispiel die Wiedereinführung der Todesstrafe an und will gleichzeitig die Strafmündigkeit absenken. Den Gesetzentwurf dazu hat das Unterhaus des philippinischen Parlaments bereits gebilligt, nun muss nur noch der Senat zustimmen (Stand: 10.7.2018). Dann könnten auf den Philippinen künftig selbst Neunjährige für den Import, die Herstellung oder den Handel mit Drogen mit dem Tod bestraft werden.  Außerdem sucht die Regierung nach Möglichkeiten, wie sie Kritik in sozialen Medien verhindern kann. Im Juni 2017 legte sie einen Gesetzentwurf gegen „Fake News“ vor, der Haftstrafen von bis zu fünf Jahren für Personen vorsieht, die gezielt „falsche“ Informationen veröffentlicht haben. Auch demokratische Institutionen werden systematisch geschwächt. Im September 2017 verkündete der Haushaltsausschuss des philippinischen Parlaments, das jährliche Budget der Menschenrechtskommission auf 16,40 Euro kürzen zu wollen – ein Angriff, der durch nationalen und internationalen Druck, unter anderem der EU, gerade noch verhindert werden konnte. |
|  | Philippinen: Bedrohung von Menschenrechtsverteidigern „Ihr seid die Nächsten" – mit dieser Drohung versucht Duterte, Verteidiger und Verteidigerinnen von Menschenrechten einzuschüchtern, die öffentlich gegen die hohe Zahl außergerichtlicher Hinrichtungen im Krieg gegen die Drogen protestieren. Nach seiner Darstellung tragen sie Mitschuld am Drogenproblem, weil sie durch ihre Kritik dessen effektive Bekämpfung verhindern. Konsequenterweise hat er nun die philippinische Nationalpolizei beauftragt, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen zu erschießen, wenn sie die Justiz im Zusammenhang mit der Anti-Drogen-Kampagne behindern. Spaltung der Zivilgesellschaft Die Kritik an Duterte wird jedoch nicht von allen Teilen der Zivilgesellschaft geteilt: Trotz massiver Menschenrechtsverletzungen erfreut sich Duterte noch immer großer Beliebtheit. Laut Umfragen von Social Weather Stations, einem privaten Meinungsforschungsinstitut in Manila, sind 78 Prozent der philippinischen Bevölkerung zufrieden mit ihm – besonders auf Mindanao, wo er kürzlich das Kriegsrecht verhängt hat.  Auch als immer deutlicher wurde, dass die demokratischen Institutionen nach der Amtsübernahme abgebaut und geschwächt wurden, positionierten sich viele NGOs nicht entschlossen dagegen. Ein Grund dürfte sein, dass Duterte sich geschickt als Vertreter des armen, einfachen Volkes präsentiert und Fortschritte bei der Armutsreduzierung, der Umsetzung der Landreform und dem Schutz natürlicher Ressourcen verspricht – Anliegen, für die zivilgesellschaftliche Organisationen seit Langem kämpfen.  **Menschenrechtsorganisation PhilRights**  Brot für die Welt fördert ein Projekt des Philippine Human Rights Information Center (PhilRights).In dem Projekt geht es darum, den Menschenrechtsschutz der Betroffenen von Dutertes Anti-Drogen-Kampagne zu fördern. Dazu sind umfangreiche Bildungsmodule vorgesehen, in den die Betroffen darüber aufgeklärt werden, welche menschenrechtlichen Schutzgarantien für sie bestehen und wie sie diese wahrnehmen können. Außerdem soll gewährleistet werden, dass kein Fall einer außergerichtlichen Hinrichtung in Vergessenheit gerät, wofür beispielsweise eine App zur unkomplizierten Meldung von außergerichtlichen Hinrichtungen entwickelt wurde. |
|  | Übergangsfolie – Zivilgesellschaft für nachhaltige Entwicklung |
|  | **Freie Zivilgesellschaft – Basis für nachhaltige Entwicklung**  In der Einführung zu diesem Vortrag wurde gesagt: Starke und unabhängige zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen sind das kritische Gegenüber von Politik. Sie sind Motor von sozialer und nachhaltiger Entwicklung. Wie kann ein solcher Zusammenhang belegt werden? Werfen wir einen kurzen Blick auf unsere eigene Geschichte: Wer erinnert sich noch daran, dass bis 1958 der Ehemann das alleinige Bestimmungsrecht über Frau und Kinder inne hatte? Erst ab 1969 wurden verheiratete Frauen als voll geschäftsfähig angesehen. Bis 1977 brauchten sie die Erlaubnis ihres Ehemanns, um arbeiten zu gehen. Wie sind solche Änderungen auf den Weg gebracht worden? Ohne die zivilgesellschaftlichen Kämpfe früherer Generationen, wären viele Errungenschaften in Deutschland nicht erreicht worden.  Ähnlich verhält sich dies auch auf globaler Ebene. Keine der Kernfragen für die Entwicklung von Gesellschaften wurde ohne zivilgesellschaftlichen Druck vorangetrieben, weder die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, die Rechte von Frauen und Mädchen, der Schutz von Umwelt und Natur, der Ausbau sozialer Grundsicherungssysteme noch der Zugang zu Bildung. Fortschritte hier sind immer auch das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. |
|  | **Zivilgesellschaft und Entwicklung**  Das Maß an Freiheit der Zivilgesellschaft ist relevant für die Entwicklung eines Landes. Dies lässt sich anhand des Human Development Index (HDI) belegen.  Der HDI ist ein von den Vereinten Nationen aus vielen Faktoren gebildeter Vergleichsmaßstab für menschliche Entwicklung. Dazu gehören Einkommen, Schulbildung oder die Gesundheitsversorgung. 1,0 stellt den höchsten erreichbaren Wert dar.   * In den Staaten, deren zivilgesellschaftlicher Handlungsraum (civic space) von CIVICUS als „offen“ eingestuft wird, liegt der durchschnittliche HDI-Wert mit 0,891 am höchsten. * In den Staaten, die den civic space „beschränken", liegt er im Schnitt nur bei 0,643. * Und in den Staaten, in denen es keine Handlungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure gibt, fällt er auf durchschnittlich 0,575. Denn Korruption und Misswirtschaft zählen zu den wichtigsten Entwicklungshemmnissen. Sie gedeihen dort besonders gut, wo es keine Freiheit gibt, die Herrschenden zu kontrollieren. |
|  | **Die Ziele für nachhaltige Entwicklung**  Die Erkenntnis, dass die Einbindung und Mobilisierung der Zivilgesellschaft wichtig für eine nachhaltige Entwicklung ist, ist auch bei den Vereinten Nationen verankert und zwar in der Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals SDGs). In Ziel 16 sind ausdrücklich die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit, die Partizipation aller gesellschaftlichen Akteure und der Schutz der Grundfreiheiten als konkrete Unterziele benannt, die für „friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung“ erfüllt sein müssen.  Die Ziele und Zielvorgaben der Agenda 2030 sind ihrerseits das Ergebnis von über zwei Jahren intensiver öffentlicher Konsultationen des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) und des Engagements mit Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und anderen Interessensträgern, wie Wirtschaftsverbänden, weltweit. Für das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bis 2030 ist zivilgesellschaftliches Engagement unerlässlich. Dazu braucht es eine freie Zivilgesellschaft, die sich weltweit vernetzt und sich jenseits nationaler Eigeninteressen – über alle Ländergrenzen hinweg – für ein globales Gemeinwohl einsetzt. |
|  | **Übergangsfolie – Was tut Brot für die Welt** |
|  | **Was tut Brot für die Welt?**  Aus all den hier genannten Gründen ist der Schutz der Zivilgesellschaft eine Schlüsselaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit und damit auch für Brot für die Welt.  Denn nur da, wo demokratische Willensbildung und eine offene Debatte möglich sind, können Rechte erkämpft und durchgesetzt, Eliten rechenschaftspflichtig gemacht und Missstände überwunden werden. Dies alles ist wichtig, damit auch benachteiligte Gruppen Gehör finden und Ungleichheiten abgebaut werden können.  Brot für die Welt dokumentiert und analysiert die Einschränkungen der Partnerorganisationen. Mit Studien wird versucht für das Thema zu sensibilisieren und faktenbasiert zu überzeugen.  Der Erfahrungsaustausch von betroffenen Organisationen ist besonders wichtig. Hier werden Analysen geteilt, aber auch gute Beispiele. Was hat geholfen gegen einen problematischen Gesetzesentwurf? Wie können wir die Erfolge unserer Arbeit für die ganze Gesellschaft besser präsentieren? Wie reagieren wir auf Schmierkampagnen? Dies sind wichtige Punkte, die den Partnern helfen können, Situationen besser zu meistern. Das Foto entstand bei einer Regionalkonsultation mit russischsprachigen Partnern, bei der genau diese Fragen diskutiert wurden. |
|  | **Was tut Brot für die Welt?**  Brot für die Welt unterstützt die Beteiligung seiner Partnerorganisationen, gerade auch bei internationalen Foren oder bei den Vereinten Nationen z. B. mit der Finanzierung von Reisekosten oder bei Registrierungsprozessen.  Brot für die Welt fördert auch die Zusammenarbeit von betroffenen Organisationen in Netzwerken und Bündnissen. Denn nur gemeinsam kann gegen den Trend erfolgreich gearbeitet werden.  Durch Eilaktionen zusammen mit internationalen Menschenrechtsorganisationen, aber auch dem Auswärtigen Amt und der Europäischen Union, versucht Brot für die Welt bedrohten Partnern zu helfen. Außerdem gibt es einen Nothilfefonds, durch den bedrohte Personen oder Organisationen sehr schnell finanzielle Unterstützung bekommen können. Diese kann z. B. für folgende Bereiche beantragt werden: juristische Begleitung, medizinische oder psychosoziale Unterstützung oder Reisekosten – wenn Personen aus Schutzgründen dringend für eine Zeit das Land verlassen müssen.  Mit politischer Lobby- und Advocacyarbeit, Publikationen und Veranstaltungen setzt sich Brot für die Welt auch dafür ein, dass repressive Gesetze gar nicht erst verabschiedet oder zurückgenommen werden. |
|  | **Übergangsfolie – Forderungen an die Politik** |
|  | **Forderungen an die Politik**  Bei Regierungsverhandlungen oder -konsultationen soll die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiheiten und die Verfolgung von Aktivisten thematisiert werden.  Zivilgesellschaftliche Akteure sollen an nationalen und internationalen Politik- und Verhandlungsprozessen beteiligt werden, damit ihre Anliegen Gehör finden.  Eine wiederkehrende Forderung an die Bundesregierung ist, dass Politikfelder wie Handel, Außenwirtschaftsförderung, Entwicklung, Migration oder Sicherheit Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement nicht beeinträchtigen dürfen. |
|  | **Übergangsfolie – Was können Sie tun?** |
|  | **Aktiv werden für Menschenrechte ­– Was können Sie tun?**  Auch in Deutschlandändert sich der Diskurs über zivilgesellschaftliches Engagement. Zum Beispiel werden Organisationen, die sich für Flüchtlingsschutz und das Asylrecht einsetzen, beschuldigt, Teil einer „Anti-Abschiebungsindustrie“ zu sein.  Die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Nationalität, sexuellen Orientierung oder Religion begegnet uns überall, im Beruf, in der U-Bahn oder auf der Straße. Sie können etwas dagegen tun und Stellung beziehen, wenn Flüchtlingshelfer beschuldigt oder andere Menschen diskriminiert werden. Jede Stimme ist wichtig, um fremdenfeindliche Bewegungen und die Diffamierung von Engagement für die Menschenrechte aufzuhalten. Schützen Sie auf diese Weise unsere Demokratie.  Beteiligen Sie sich an Eilaktionen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsverteidigerinnen.  Unser Konsum geht leider oft auf Kosten von Menschen und Umwelt im globalen Süden. Kaufen Sie nur so viel ein, wie Sie brauchen. Nutzen Sie elektronische Geräte, solange sie funktionieren. Kaufen Sie Kleidung, die durch Siegel als fair und ökologisch ausgewiesen ist, oder auch einmal Secondhand-Ware. Informieren Sie sich und fragen Sie beim Kauf kritisch nach, woher die Produkte stammen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden.  Damit sich wirklich in der Breite etwas verändert, muss die Politik regulierend eingreifen. Fordern Sie daher klare Vorgaben von der Politik an die Unternehmen zur Achtung von Arbeitsstandards, Menschenrechten und Umwelt, auch bei Auslandsgeschäften. |
|  | **Schlussfolie** |
|  | **Impressum** |

**Herausgeber**

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

Postfach 40 1 64

10061 Berlin

Telefon: +49 30 65211 4711

E-Mail: service@brot-fuer-die-welt.de

Internet: www.brot-fuer-die-welt.de

**Texte** Christian Jacob, Maren Leifker, Christine Meissler

**Redaktion** Regina Seitz, Jürgen Hammelehle (V.i.S.d.P.)

Berlin, September 2018

**Spendenkonto**

Bank für Kirche und Diakonie

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

BIC: GENODED1KDB